

Die Friedhofsgebühren werden 2019 steigen – Stadt will neue Angebote schaffen

Künftig mehr Platz für individuelle Gestaltungswünsche

Keine Zeit, kein Geld, kein Interesse: Immer weniger Menschen möchten sich um die Pflege eines Grabes kümmern. Urnengräber werden deshalb gefragter. Grund für die Friedhofsverwaltung, die Gebühren zu ändern: Erdgräber werden günstiger, Urnengräber teurer. Außerdem soll mehr Platz für die individuelle Gestaltung von Gräbern geschaffen werden.

5600 Menschen sind im Jahr 2017 in Nürnberg gestorben. 4680 von ihnen wurden auf einem städtischen Friedhof beigesetzt: 1490 in Erdgräbern und 3190 in Urnengräbern. Von den 70000 Gräbern waren 2017 rund 59000 belegt. Das ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Jahr 2016.

In ihrem Bericht für den Ältestenrat und Finanzausschuss des Stadtrats betreibt die Friedhofsverwaltung auch Ursachenforschung. Der Rückgang der Bestattungszahlen insgesamt liege unter anderem daran, dass Menschen von außerhalb ihre Angehörigen lieber in ihrer Nähe beerdigen möchten. Außerdem wachse die Konkurrenz durch alternative Bestattungsformen und Billiganbieter im Ausland.

Mit den Zahlen aus dem Haushaltsjahr 2017 ist Umweltreferent Peter Pluschke zufrieden. Das Defizit der

Friedhöfe liegt mit 23000 Euro auf einem niedrigen Niveau (die NZ berichtete). Allerdings sei dies auf Sondereffekte zurückzuführen, so Pluschke. Etwa durch die Auflösung von Rücklagen. Für das Jahr 2018 rechnet er mit einem weniger gutem Jahresergebnis.

2017 sind die Friedhofsgebühren zuletzt geändert worden. Bis Mitte 2019 soll die Verwaltung eine neue Gebührenstruktur erarbeiten, ab 1. Juli werden die neuen Gebühren gelten. Mit neuen Angeboten will die städtische Friedhofsverwaltung konkurrenzfähig bleiben. Kilian Sender von der CSU findet, dass die Friedhofsordnung zu eng ausgelegt wird. „Da sollten wir mehr Spielraum einräumen.“ Gerhard Kratzer, der Leiter der Friedhofsverwaltung, weist darauf hin, dass es schon Abteilungen gebe, die frei von Gestaltungsvorschriften seien. „Diese Bereiche wol-



Die Zahl der Erdgräber auf den Friedhöfen nimmt ab. Dafür sind Urnen gefragter. Foto: Stefan Hippel

len wir erweitern.“ Derzeit gibt es auf dem Südfriedhof ein Grabfeld ohne Gestaltungsvorschriften, auf dem Westfriedhof sind es zwei.

Mehr Freiheit wünschten sich Hinterbliebene beispielsweise, bei den Urnenanlagen, sagt Kratzer. „Viele Familien möchten das Urnengrab mit einer Umrandung versehen. Das geht aber nicht überall, weil der Platz fehlt. Man kommt dann zwischen den Gräbern nicht mehr durch.“ Derzeit werde überlegt, wo weitere Abteilungen ohne Gestaltungsvorschriften geschaffen werden können.

Generell will der Chef der Friedhofsverwaltung die Gestaltungsordnung aber nicht lockern. „Wir handhaben den Bereich ohnehin schon sehr großzügig“, räumt Kratzer ein. Die Einhaltung könne schon allein aus Personalgründen nicht strikt kontrolliert werden. „Ich halte es jedoch für falsch zu sagen, wir geben alles frei. Dann haben wir gar keinen Einfluss mehr.“

Alexander Liebel von der FDP fände es sinnvoll, die Zufriedenheit der Hinterbliebenen mit dem städtischen Dienstleistungen in Erfahrung zu bringen. Das allerdings sei schwierig, erwidert Peter Pluschke. „Es handelt sich hier zum einen um einen extrem sensiblen Bereich. Außerdem wäre es schwierig, die Betroffenen im An-

schluss an eine Beerdigung noch zu erreichen.“ Der Umweltreferent weist aber darauf hin, dass es bei der Friedhofsverwaltung eine Beschwerdestelle gibt. Die Kritik, die dort ankommt, betreffe nicht vorrangig die Bestattungen. „Es geht meistens um mangelnde Flexibilität bei der Gestaltung von Grabinheiten.“

Wenn Menschen sterben, die keine Angehörigen haben, ist die Stadt in der Pflicht. Die Suche nach Verwandten, die sich der Bestattung eines Verstorbenen annehmen wollen, kostet viel Zeit und ist nicht immer von Erfolg gekrönt. „Die Gründe liegen am nachlassenden gesellschaftlichen Bewusstsein, sich um seine verstorbenen Angehörigen zu kümmern und darin, dass Familienangehörige durch die wachsende Mobilität schwer auffindig gemacht werden können“, heißt es im Bericht der Friedhofsverwaltung für die Stadträte. Trotzdem lohnt sich der Aufwand: 700-mal waren die Mitarbeiter des Sachgebots im Jahr 2017 mit ihren Ermittlungen erfolgreich. Das Volumen, das aufgespürte Hinterbliebene insgesamt übernehmen, lag bei 1,5 Millionen Euro. „Ohne diese Ermittlungen müsste die Stadt in vielen Fällen zumindest in Vorleistung gehen“, so die Verwaltung. Gabi Eisenack